

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drehtagsblatt: Tageblatt Riesa.
Heftausz. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgerichte, und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1308
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 144.

Freitag, 23. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 24.— Mark ohne Beigetlohn. Einzelnummer 1,50 Mark. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erstellen am bestimmten Tag und Stunde wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Gründchitzeile (6 Silben) 4,50 Mark; guttauber und tabellarischer Satz 50% Aufzal. Nachstellung- und Vermittelungsgebühre 1 Mark. Diese Tarife. Bewilligte Rabatte erlischt, wenn der Betrag verfüllt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsbeilage "Gräbler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Postanstalt oder der Förderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 60. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

In das bissige Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden: Seite 150, den
Gastwirt Otto Franz Hentschel in Kleinlängen und dessen Ehefrau Anna Anna geb.
Kühne betr.: Die Verwaltung und Nutzung des Mannes ist durch Obervertrag vom
2. April 1922 ausgeschlossen worden.

Amtsgericht Riesa, den 19. Juni 1922.

Morgen Sonnabend nachmittags 5 Uhr auf Bauplatz Siedlung. Parzellenweise,
gegen Mietgebot, sofortige Bezahlung.
Weida bei Riesa, am 23. Juni 1922.

Der Gemeindeworstand.

Örtliches und Sachsisches.

Riesa, den 23. Juni 1922.

* Bericht aus der Kirchengemeinbevölkerung am 19. Juni 1922. Der Ehrenmal-ausstausch der 32er und über Artillerie möchte nunmehr, da das Denkmal nicht am Kaiser-Wilhelm-Platz zur Aufstellung kommen soll, es in den Anlagen an der Trinitatiskirche aufstellen. Die Zustimmung dazu wird ihm in Aussicht gestellt, doch sollen zunächst die Zeichnungen und Pläne vorgelegt werden. Die Arbeiten an den schadhaften Dächern der Trinitatiskirche haben begonnen. Der Turm erhält Schieferbelag, in aldeutscher Art geestet, die Nebendächer werden mit den vorhandenen grünen Dachziegeln umgedeckt. Die Rüstarbeiten hat die Firma Bänker, die Dachdeckerarbeiten Dachdeckermeister Niedler übernommen. Aus Gesundheitsrücksicht ist Herr Organist Scheller gewungen, zum 1. Oktober sein Amt als Organist, das er über 25 Jahre veraltet hat, aufzugeben. Am 2. Juli sind 25 Jahre seit der Weihe der Trinitatiskirche vergangen. Durch einen Gottesdienst soll der Tag gefeiert werden. Der Klosterkirchenvogtsdienst an diesem Tag fällt aus.

* Kirchliches. Wie schon im vorigen Jahre so finden auch in diesem Jahre am Johannistag (Sonnabend, 24. Juni) abends 7/8 Uhr auf dem Friedhof eine gottesdienstliche Andacht statt. Die an ihr Teilnehmenden werden gebeten, das Gesangbuch mitzubringen.

* Beförderung. Der Steuerinspektor Müller ist zum Obersteuerinspektor beim bissigen Finanzamt ernannt worden.

* Chorverein Riesa. Sonntag, den 25. Juni 1922, wird der Chorverein Riesa nach einer Waldwanderung nachmittags 3 Uhr auf der Schloßstraße zu Meißenburg gelingen, sowie alte und neuere Mitglieder zum Vortrag bringen. (Siehe Inserat.)

* Der Sächsische Militärvereins-Bund hält am Samstag, den 9. Juli, vormittags 11 Uhr im "Röhr" in Freiberg die 49. ordentliche Bundesversammlung ab.

* Im Bereich der Reichspostverwaltung sind die Umrechnungen der Verfolgungsgebühren für Pensionäre und Hinterbliebene nach dem Stande vom 1. April und 1. Mai 1922 zum größten Teile beendigt und die fälligen Beträge bereits gezahlt. Soweit in einzelnen zweifelhaften Fällen noch nicht die Vollbeträge angewiesen werden konnten, sind einstweilen diejenigen Beiträge gesetzt worden, auf welche die Beteiligten zweifellos Anspruch haben.

* Persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln im kleinen Grenzverkehr. Auf Grund des Artikels 1 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 22. März 1922 (Meldesiegelblatt Seite 282) wird beim jetzigen Übergreiten der Grenze ein Betrag von 1000 Mark oder der nach dem Tagesfuss zu berechnende Wert dieses Betrages in ausländischer Währung mit der Mahaade zugelassen, das im kleinen Grenzverkehr innerhalb eines Monats höchstens der Betrag von 3000 Mark oder der nach dem Tagesfuss zu berechnende Wert dieses Betrages in ausländischer Währung mitgenommen werden darf.

* Wetterlage. Für die nächsten Tage haben wir, nach den Mitteilungen des amtlichen Berliner Wetterbüros, bei wenigen, zwischen Südwest und Nordwest schwankenden Winden, ziemlich warmes, vielfach heiteres, aber sehr veränderliches Wetter, an den meisten Orten über etwas Regen und im Binnenlande verhältnismäßig Gewitter zu erwarten.

* Die Handels- und Gewerbeaufsicht hat beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Handels- und Gewerbebeamten vom Jahre 1900 vorzulegen. Der Entwurf verzögert im wesentlichen nur den Zweck, dieses Gesetz mit der veränderten Rechtslage auf dem Gebiete der Einkommesteuer in Einklang zu bringen und zugleich einige Vorschriften, die infolge unserer Geldentwertung nicht mehr aufrechterhalten werden können, den jetzigen Verhältnissen anzupassen. Im Verfolgung des letzten Zwecks bestimmt der Entwurf, dass die Handels- und Gewerbebeamten berechtigt sein sollen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Beiträge der Wahlberechtigten von dem im Sachsen zur Reichseinkommenssteuer oder zur Körperversteuer veranlagten Steuerbaren Einkommen aus Gewerbedienst zu erheben. Für Beitragspflichtige, die in Sachsen zu keiner dieser Steuern veranlagt sind, gilt als Einkommen aus Gewerbedienst der nach dem sächsischen Gewerbeaufsatzgesetz für die sog. Ertragssumme ermittelte abgabepflichtige Ertrag des Gewerbes. Diese Änderungen machen sich erforderlich, weil das jetzige Gesetz noch vorsieht, dass die Kammerbeamten in Abhängigkeit an das nach dem sächsischen Einkommenssteuergesetz eingeschlossene Einkommen aus Gewerbedienst zu erheben sind. Im übrigen ändert der Entwurf im wesentlichen nur einige Voraussetzungen über die Befähigung zu den Handels- oder den Gewerbebeamten, die sich ebenfalls nach dem veranlagten gewerblichen Einkommen richten. Während bisher die Kaufmännischen Betriebe bei einem gewerblichen Einkommen von mehr als 8100 M. zur Handelskammer, bei geringerem Einkommen aber, sofern es mehr als 600 M. betrug, zur Gewerbebeamter veranlagt werden, werden im Entwurf diese Sätze in Rücksicht auf die Wiederaufstellung auf 8600 M. und bezieht sich 6000 M. auf alle für die Befähigung der Handwerke und sonstigen Gewerbebetriebenden zur Gewerbebeamter wird anstelle des bisherigen Winkdesteinkommens von 600 M. ein solches von 6000 M. erforderlich.

Durch Übergangsbestimmungen wird darüber besprochen, dass

nicht lediglich deshalb, weil das Gesetz diese Einkommensgrenzen ändert, bisherige Angehörige einer Handels- oder einer Gewerbebeamten aus ihrer Kammer ausscheiden müssen. Der jetzige Bestand der beiden Arten von Kammern soll möglichst gehoben werden. Diese Neuregelung ist nur eine vorläufige. Die Frage der Angehörigkeit von Industrie, Handel, Handwerk und sonstigen Gewerbebeamten zu den Handels- und Gewerbebeamten oder Handwerkskammern bedarf einer grundlegenden Neuregelung in den meisten deutschen Ländern. Einheitliche Richtlinien, die durch ein Reichsgesetz aufgestellt sein würden, sind für eine solche Neuabgrenzung unerlässlich. Im Zusammenhang damit wird auch das Wahlrecht selbst, das den modernen Anschauungen nicht mehr entspricht, grundlegend neu zu ordnen sein. Um der einheitlichen Regelung für das gesamte Reichsgebiet nicht vorzugreifen, beschränkt sich der jetzige Gesetzentwurf im wesentlichen auf die vorstehend vorgeschobenen Fragen, deren Neuordnung besonders dringend ist.

* Der sächsische Ministerpräsident Buck wird nächsten Montag dem bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Perrenfels seinen offiziellen Gegenbesuch abstatten. Für den Nachmittag ist eine Besichtigung der Münchner Gewerbeschau geplant. Abends gibt Graf Perrenfels im engsten Kreise einen Bierabend im Hofbräuhaus. Am Dienstag wird der sächsische Ministerpräsident die Anlagen der mittleren Harz beläufigen und ohne nach München zurückzufahren, von Thüringen weiterreisen.

* Ministerpräsident Buck auf Schuldirektorenfrage. Auf den Offenen Brief der Schuldirektoren an den Ministerpräsidenten Buck hat dieser in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Vereins Sächsischer Schuldirektoren geantwortet, dass dem Wunsche der Schuldirektoren nur auf dem Wege der Gesetzgebung Rechnung getragen werden könnte. Im übrigen hat der Ministerpräsident die Auffassung, dass bei den nunmehr voraussehbaren Wahlen der Schulleute wohl reiflos die bisherigen Direktoren gewählt werden würden; denn das aktive Urteil der Wahlberechtigten über Sachlichkeit, Fachkenntnis und kollegiale Eignung würde dieses erhöhte Recht zeitigen.

* Der Reichswirtschaftsminister Schmidt bestätigte Mittwoch in Begleitung des Geheimen Regierungsrats Dr. v. Raven und des Vorwurfs der Deutschen Presse in Dresden die Lippschütz-Glashütten in Pirna, wo mit der pneumatischen Pfeife gearbeitet wird, und Gotts., sowie der Aktiengesellschaft für Glashütte vom Fried. Siemens in Dresden, wo ihn die österreichische Glashüttenmaschine besonders interessierte. Er nahm darauf das Frühstück im städtischen Ausstellungspalast und verließ abends Dresden.

* Die Allgemeine ev.-luth. Konferenz gibt durch ihr Organ "Die Allgemeine ev.-luth. Kirchenzeitung" bekannt, dass der von Amerika ausgebende Vorhiss, einen großen luth. Konvent für die ganze luth. Welt auszuordnen, nunmehr vom Arbeitsausschuss der Allgeme. luth. Konferenz nach eingehender Erörterung der zu behandelnden Vorfragen einmütig und freudig angenommen worden ist. Im August 1923 sollte man die für das gesamte Lutherum hochwichtige Versammlung abhalten zu können. Eisenach bzw. Wartburg sind von Deutschland als Versammlungsort vorgeschlagen. Besonders erfreulich ist jedoch, dass weder politisch-nationale Gesichtspunkte, noch äußere Verfassung und bergleichen betreffende Gesichtspunkte, sondern lediglich das Bedürfnis mahrend war und ist, die Augsburgischen Konfession überwunden alter Länder auf Grund einer unerschütterlichen Glaubensüberzeugung enger miteinander zu verbinden. Das luth. Einigungswerk, welches die Luth. Konferenz seit mehr als 50 Jahren betreibt, wird dadurch seinem Ziel wesentlich näher geführt!

* Abstimmung der unproduktiven Gemeindeschulden. Das sächsische Ministerium des Innern hat fest eine Verordnung erlassen, in der die Gemeinden aufgefordert werden, etwaige Mehrerträge aus der Reichseinkommenssteuer für 1920 in ersten Sitzung zur Abstimmung der für unproduktive Zwecke aufzunehmenden Schulden zu verwenden, oder, wenn dies aus technischen Gründen nicht möglich sein sollte, die Mehrerträge bis zur Höhe der betreffenden Anleihe in einem Tilgungstakt anzulegen. Dadurch werde wenigstens erreicht, dass die Sinsen des Tilgungstakts für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe bereitstehen und der laufende Haushalt der Gemeinden insoweit entlastet wird. Die Kreis- und Amtshauptmannschaften sind angewiesen worden, entsprechend auf die Gemeinden einzutreten.

* Beamtenwohnungen. Das Gesetzblatt bringt eine Verordnung des Ministeriums des Innern, wonin die Bestimmungen über die Bewilligung von Wohnungen an verfehlte Beamte in § 19 der Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel abgeändert werden. Wie in den Gangabkommen angekündigt wird, erfordert es die Belange des Staates gezielter, dass verfehlte Beamte am Dienstorte möglichst bald eine Wohnung finden, weil andernfalls dem regelmäßigen Fortgang des Dienstbetriebes Karrierehindernisse bereitet werden und die Staatsklasse erheblich belastet wird. Die bisherigen Bestimmungen haben sich als ungünstig erwiesen. Es erscheint dringend erwünscht, sie doch zu erweitern, dass ein seher Stamm von Wohnungen für die Unterbringung von Beamtenfamilien dauernd erhalten wird. Vor allem muss man in allen, wo kein Dienstnachfolger vorhanden ist oder ein Dienstnachfolger nicht sofort ernannt werden kann, Vororge dafür geschaffen werden, dass die Wohnung seinem anderen Beamten angewiesen werden kann. Dies soll in der Weise geschehen,

dass in erster Linie die Anstellungsbehörde das Recht hat einen anderen Beamten, und zwar ihres Dienstzweiges zu bezeichnen, dem die Wohnung anzubieten ist. Plärt die Anstellungsbehörde keinen Gebrauch, so soll eine staatliche Vermittelungsstelle befugt sein, einen Beamten eines anderen Dienstzweiges zu bezeichnen. Auch Beamte, die wegen Auscheidens aus dem Dienst ihre Dienstwohnung verlieren, oder Familienangehörige verstorbenen Beamter, die eine Dienstwohnung müssen müssen, sollen unter Umständen bezeichnet werden können, damit die Dienstwohnung sowohl wie möglich für den Nachfolger freihält wird. Aus demselben Grunde soll bestimmt werden, dass die Familienangehörigen des verstorbenen Dienstwohnungsinhabers vorsorgt unterzubringen sind. Im übrigen erscheint es erwünscht, gewisse Bestimmungen festzulegen, die die Wohnungsnämter jetzt tatsächlich anzuwenden pflegen. Über die staatliche Vermittelungsstelle soll noch näheres bekanntgegeben werden. Auch ist, wie das Landeswohnungsamt mitteilt, die Aufstellung von Grundfächern über die Abgabe von Wohnräumen in Staatsgebäuden geplant, wobei den Wohnungsnämtern die Dienstwohnung des verstorbenen Dienstwohnungsinhabers, soweit dies die Möglichkeit auf die Belange der Staatsverwaltungen irgend gestattet, entgegengekommen werden soll.

* Der Verband sächsischer Polizeibeamter nimmt in einer längeren Ausfassung Stellung zu der durch Ablehnung des Polizeiaufsatzes im Landtag für die Polizeibeamten geschaffenen Lage, in der es am Schluss heißt: Die berufene Vertretung der Polizeibeamten schafft es deshalb für ihre Pflicht, auf Grundfach- und sachgemäßer Erwägungen, auf die schweren Jahren hinzuweisen, in welche Volk und Polizei durch Abschaffung des Polizeiaufsatzes gebracht worden sind. Außer- und innerpolitisches Verhältnisse erfordern gezielter einen entschlossenen Um- und Aufbau des Polizeipolters des gesamten Landes, die gegenwärtige Situation drängt gezielter auf die Neuorganisation der Polizei. Es ist allerhöchste Zeit, dass auf polizeiorganisatorischen Gebiete nunmehr etwas Durchgreifendes geschieht. Die hierfür notwendigen Mittel müssen unbedingt sofort zur Verfügung gestellt werden, wenn die öffentliche Ruhe und Ordnung und Sicherheit wenigstens in dem bisherigen Umfang gewahrt bleiben soll. Wenn auch die Polizeibeamten ihrer Pflichtrechte entsprechend bemüht sein werden, in den kommenden schweren Zeiten ihr Möglichstes zum Wohle des Volksganzen zu tun, müssen sie doch diejenige Verantwortung für solche Ergebnisse und Fortentwicklungen abnehmen, die ihren Ursprung in dem mangelnden organisatorischen und sozialen Einrichtungen haben, für die staatlichnotwendigen Mittel durch die ablehnende, politischen Motiven entbringende Haltung des Landtages nicht behaftet werden können.

* Der Verband sächsischer Polizeibeamter nimmt in einer längeren Ausfassung Stellung zu der durch Ablehnung des Polizeiaufsatzes im Landtag für die Polizeibeamten geschaffenen Lage, in der es am Schluss heißt: Die berufene Vertretung der Polizeibeamten schafft es deshalb für ihre Pflicht, auf Grundfach- und sachgemäßer Erwägungen, auf die schweren Jahren hinzuweisen, in welche Volk und Polizei durch Abschaffung des Polizeiaufsatzes gebracht worden sind. Außer- und innerpolitisches Verhältnisse erfordern gezielter einen entschlossenen Um- und Aufbau des Polizeipolters des gesamten Landes, die gegenwärtige Situation drängt gezielter auf die Neuorganisation der Polizei. Es ist allerhöchste Zeit, dass auf polizeiorganisatorischen Gebiete nunmehr etwas Durchgreifendes geschieht. Die hierfür notwendigen Mittel müssen unbedingt sofort zur Verfügung gestellt werden, wenn die öffentliche Ruhe und Ordnung und Sicherheit wenigstens in dem bisherigen Umfang gewahrt bleiben soll. Wenn auch die Polizeibeamten ihrer Pflichtrechte entsprechend bemüht sein werden, in den kommenden schweren Zeiten ihr Möglichstes zum Wohle des Volksganzen zu tun, müssen sie doch diejenige Verantwortung für solche Ergebnisse und Fortentwicklungen abnehmen, die ihren Ursprung in dem mangelnden organisatorischen und sozialen Einrichtungen haben, für die staatlichnotwendigen Mittel durch die ablehnende, politischen Motiven entbringende Haltung des Landtages nicht behaftet werden können.

Lieber Leser merk dir das:
Ged' auf dem Weg und nicht ins Gras;
Damit man leicht und ohne Mühs'

Dich unterscheiden kann vom Vieh!

Gie bücke dich empfehlen, diese sanfte Mahnung auch an anderen Stellen anzu bringen, denn die Klagen darüber, dass das Gras zertritten wird, leben in jedem Jahre wieder.

* Kann man schlechten Wuchs verbieten? Dem Teluron Sachsendienst wird geschrieben: Wie viele Mütter prämen sich, wenn ihre Kinder herangewachsen und nicht so gebären sind, wie sie es gern gehabt hätten. Hier steht die Schulter ab, dort hängt sie herunter, die Beine sind krumm, die Knödel zu dick, das ganze Kind ist im Wachstum zurückgeblieben, garnicht zu reden von den nur viel zu zahlreichen, die richtigen Maßwuchs aufzuweisen und in ihrem Lebensglück behindert sind! Und doch: wie viel könnten die Mütter dazu beitragen, solche traurigen Folgen zu verhindern. Denn die meisten solcher Entwicklungen sind zurückzuführen auf eine mehr oder minder deutliche Rhachitis in der Jugend, die so oft nicht beachtet oder mit einem gleichgültigen „das wird schon wieder“ vernachlässigt wird. Unendlich viel Elend und besonders für das weibliche Geschlecht auch Gefahren werden so herausgeworfen. Sind doch in Großstädten und teilweise auch auf dem Lande bis zu 80 ja 90 Prozent der Kinder irgend einmal von Rhachitis beimsgesucht worden. Dieses Elend kann aber hintan gehalten werden. Denn Rhachitis ist vermeidbar! Und zwar durch verhältnismäßig sehr einfache Maßnahmen, über die soeben erschienenes Rhachitisberichtblatt des Landesauschusses für hygienische Volksbelehrung“ Aufschluß gibt. Die Sommerzeit ist für die Verbesserung besonders geeignet. Es wird deshalb empfohlen, sich baldigst das Werkblatt zu versorgen (zu beziehen das Stück zu 80 Pf. und Porto, bei größerem Bezug billiger, vom Landesausschuss f. v. W. Dresden-U., Schloßstraße 25).

* Evangelisch-lutherische Kirchensteuer 1921. Das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium teilt uns mit: Wie wir vernehmen, wird mit Rücksicht auf die teilweise verspätete Zustellung der Kirchensteuerbescheide und das dadurch bedingte Uneinanderdrücken der Zahlungstermine für die endgültige Kirchensteuer 1920 und die vorläufige Kirchensteuer 1921 allen Steuerpflichtigen, denen hierdurch die Bezahlung der Kirchensteuer schwer wird, nachgelassen, die an sich am 15. Mai 1922 bereits fällig gewesener Kirchensteuer für 1921 noch bis zum 15. August 1922 zu zahlen. Erst dann werden die Steuerpflichtigen mahnen. Gleichzeitig werden jedoch alle Steuerpflichtigen, die in der Lage sind, ihren steuerlichen Verpflichtungen gegenüber der Kirche sofort nachzukommen, mit Rücksicht

auf die bedrängte wirtschaftliche Lage der Kirche und den einzelnen Kirchengemeinden, dringend gebeten, von dieser Feierverlängerung keinen Gebrauch zu machen.

* **Großbau.** In der Stadt des vergangenen Sonntags ist an dem riesigen Obenmal für die gefallenen Krieger ein nichtswürdiger Hubenstreit verübt worden, indem man am Denkmal eine sogenannte "Vogelstecherei" aufstellte. Die Täter konnten in zwei Strafanordnungen und einem Wirtschaftsgericht vor Gericht ermittelt werden. Sie sind alle mit im Kriege gewesen. Einer davon hat sogar einen Bruder mit auf dem Denkmal als gefallen zu beklagen.

Wir n. u. Über die Meisterleistung eines Volksbundes berichtet der "Birnau Anz.": Seit einiger Zeit waren in einem bislang industriellen Unternehmens Bleibleibstahl wahrgenommen worden. In der Nacht zum Sonnabend war wiederum Blei gestohlen worden. Um die Diebstähle aufzuklären, wurde der hier stationierte Gendarmerie-Spitzenbund angefordert. Der Wöhler des Hundes ließ den Hund an verdächtigen Fußspuren Witterung nehmen. Zu diesem Zweck musste der Hund eine Leiter hochgetragen werden, da Fußspuren an einer Eisenstange wahrgenommen wurden. Nachdem der Hund Witterung genommen, muhten die Arbeiter des Betriebes an dem Hund vorübergehen. Bei dieser Gelegenheit verblieb der Hund einen Arbeiter und stellte ihn. Letzterer gehandelt den Diebstahl, und bei einer Haussuchung wurden noch etwa 1½ Bentner Blei vorgefunden.

* **Dresden.** Am 21. Juni 1922 nachmittags ist ein 52 Jahre alter Eisenbahngeselle, als er die Fabrikstraße auf einem Fahrrad landwärts fuhr, infolge nicht genügender Aufmerksamkeit an eine kadiwärts fahrende Dampfwalze angeschlagen und zu Fall gekommen, wobei ihm der linke Fuß bis zum Knöchel abgeschnitten worden ist. Der Verletzte ist nach dem Johannistädtischen Krankenhaus überstellt worden. — Die fürlach hier mit großen Mitteln gegründete und in Betrieb gesetzte Sächsische Brotsfabrik Akt.-Ges. hatte eine Reihe von kleineren Brotsfabriken verankert, den Brotpreis um 50 bis 70 Pfennig herabzulegen. Die Bäderinnung in Dresden schließt sich jetzt dieser Preisherabsetzung an, um einer Zentralisierung der Brotpreisförderung, die in Streitfällen verhängnisvoll wirken könnte, entgegen zu wirken. — Nachdem die Zigarettenfabrikanten die ernst geforderte Lohnherabsetzung von 60 Prozent abgelehnt haben, sind die Arbeiter, die bis zu 1000 Mark Wochenlohn bezogen, in Drage. Arbeiter, die bis zu 1000 Mark Wochenlohn bezogen, in Drage.

Dresden. Am 21. Juni vormittags haben zwei unbekannte Männer einem Kaufmannsschreiber vor dem Dresdner Postdirektorat 100000 Mark abhanden gemacht. Sie behaupteten, daß er das Geld vom Postdirektorat zu Unrecht erhalten habe, weil gegen seine Person ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung laufe, und gaben sich als beamtete Personen aus. — In gleicher Weise sind in Berlin einer Kontoristin 100000 Mark und in Leipzig, wie wie türkisch berichteten, einer Kontoristin 75000 Mark abgenommen worden.

Bittau. Zu Ausschreitungen seitens der Arbeiterschaft kam es am Dienstag in Bittau gegen den Generaldirektor der dortigen Stahlwerke Müller. Dieser war aus Dresden wegen eines Artikels in der Volkszeitung auf dem Werke erschienen. Als er den Betrieb betrat, legte die gesamte Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder und ging demonstrierend gegen ihn vor. Nach kurzer Aussprache wurde von ihm gefordert, daß er das Werk sofort verlässe. Er muhte sich der Gewalt der Masse fügen. Die demonstrierenden Arbeiter folgten ihm bis an die Grenze des Werkes. Erst als er das Werk verlassen hatte, nahmen sie die Arbeit wieder auf.

Bittau. Die Elternratswahlen, die am Sonntag in Bittau durchgeführt wurden, haben nur eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von etwa 40 Prozent gebracht. Insgesamt wurden in den fünf Bittauer Volksschulen 33 Kandidaten der Listen der Vereinigten christlichen Elternschaft und 12 Kandidaten der Listen des Gewerkschaftskartells gewählt.

Bittau. Die zur Durchführung des Bittauer Schufestes zur Verfügung stehenden Mittel reichen, obwohl die Sammlung rund 70 000 M. ergeben hat und ankernd aus Stiftungsgeldern 60 000 M. zusammen also 130 000 M. vorhanden sind, doch nicht aus, weil die Kostenprovisorische und Schätzungen sich bei aller Einschränkung der Veranstaltungen auf rund 650 000 M. stellen. Der Schulförderausschuß hat deshalb beschlossen, dem Stadtrat vorzuschlagen, das Schulfest nicht stattfinden zu lassen.

Werda. Obgleich das Ministerium des Innern und die Kreishauptmannschaft Zwischen dringend empfohlen haben, die städtischen Kollegien zu Werden möchten bereits der Ausbildung der Mitglieder der städtischen Kollegien von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt nochmals Beifall zu lassen, und trotzdem, daß der Finanzausbau mit Mehrheit beschlossen hat, den Stadtverordneten die Aufhebung jenes Beschlusses vorzuschlagen, haben die Stadtverordneten gestritten mit zwölf sozialistischen gegen sechs bürgerlichen Stimmen beschlossen, es bei dem früheren Besluß in dieser Angelegenheit bewenden zu lassen. — Erhöht werden nach den Beschlüssen der Stadtverordneten die Friedhofsgebühren, die Städtegelder bei Jahr- und Wochenmärkten, die Krankenhaus-, Bürgerheim- und Versorgungsvereinsgebühren und die Gebühren für die Müllabfuhr.

* * *

Hirschberg. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte gestern das Schwurgericht den Fleischer und Viehhändler Voigt aus Bodenbach (Böhmen) wegen Raubmordes zum Tode. Er hatte den Handelsmann und Vorwerksbesitzer Huhudorf aus Politz bei Freiburg (Schl.) auf der Landstraße ermordet und verant.

Johannistag.

Am 24. Juni, dem längsten Tag im Jahre, feiern wir das Johannistag. Uralte, heidnische Bräuche, deren Entstehungszeit nicht genau festzulegen ist, leben an diesem Tage auf. Weithin flammen die Höhen- oder Sonnenwendfeuer und tauchen die Landschaft in rötliche Glut. Am Bodensee werden diese Höhenfeuer mittags 12 Uhr abgebrannt, außerdem brennende Räder und Fächer den Berg hinunterrollt und brennende Weisen gescheuert. Durch den Rauch des Johannistagsfeuers treibt man die Haustiere hindurch und in der Schweiz werden fränkische Kinder über den Rauch gehalten — teiner hellbringenden Wirkung wegen. Im Johannistag angeklopft und in die Erde gesteckt Holzstücke bringen dem Acker Fruchtbarkeit. Wenobahrt man sie im Hause auf, so ist das Anwesen gegen Feuersgefahr gesetzt. Am Johannistag gesammelte Kräuter, neuerlich müssen es sein und auch Schweine ist beim Blättern geboten, gewähren Schutz gegen Krankheit. In Brandenburg reitet der Johannitreiter, ein junger Bursche mit heitkräftigen Kräutern und Kornblumen geschmückt, durchs Dorf. Im Hietzelgebirge schwimmt man Quellen und Brunnen zum Schutz gegen Wassermangel. Heitkräftige Pflanzen, über Türen und Tore aufgehängt, verwehren Regen den Eintritt ins Haus.

Diese Johannistagbräuche haben zunächst mit Johannes dem Täufer, so ist das Fest auf unserem Kalenderium benannt, nichts zu tun. Es sind alte, heidnische Reinigungsbräuche, am Tag der Sommersonnenwende vollzogen. In langjährem Siegeszug drang das Christentum vor und nahm unter germanischen Vorfahren ihre Götter. Doch ist tief in der Volksseele eingewurzelt Überlasse und die alten, damit verbundenen Bräuche liehen sich nicht ausrotten. Die aus dem heidnischen Gute stammenden Bräuche

wurden auf christliche Feste übertragen. Daraus erklärt es sich, daß uns diese Sitten noch bis auf den heutigen Tag erhalten blieben.

Die Kirche hatte den Geburtstag Jesu auf den 25. Dezember festgelegt. Nach Rufus 1, 26—30 ist Johannes der Täufer ein halbes Jahr älter als Jesus. Der Geburtstag Johannes des Täufers wurde auf den 24. Juni festgelegt, zur Zeit des Sommersonnenwinkels. Die alten Bräuche aber des Sonnenwinkels wurden von der bekehrten Bevölkerung an diesem christlichen Fest verdeckt. Und wie gut steht dieses Fest auf den Tag der Sommersonnenwende! Hatte Johannes der Täufer doch selbst sein Verhältnis zu Jesu mit den Worten gekennzeichnet: "Er muß wachsen, ich aber muß abnehmen." Johanna Weinhner.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Landwirtschaftliche Wanderausstellung in Nürnberg. Die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Verbindung mit der 37. Wanderversammlung veranstaltete 29. Wanderausstellung in Nürnberg wurde durch Direktoren von Thüringen, den Präsidenten des Gaues Bayern der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, mit einer Ansprache eröffnet. Alle Abteilungen der Ausstellung sind aus dem ganzen Reich reichlich besucht worden.

Leher die Not der Zeitungen. Schreibt ein Leser dem "Heidelberg-Blatt": "Sehr geehrter Verlag! Sie können nicht rechnen! Sie behaupten, daß es eine Not der Zeitungen gibt. Aber Sie sind selber schuld daran, daß es so gekommen ist, weil Sie sich den beutigen Geldverhältnissen nicht angepaßt haben. Vor dem Kriege kostete Ihre Zeitung im Straßenhandel 10 Pfennig, ebensoviel kostete ein Straßenbusabonnement und eine einfache Briefmarke. Heute kostet Ihr Blatt im Straßenhandel 80 Pf., eine Briefmarke aber kostet heute 2 Mark. Die Zeitung ist also dreimal so billig geworden wie eine Briefmarke. Alles wird teurer, nur die Zeitung wird relativ billiger. Vor dem Kriege kostete Ihr Monatsabonnement 80 Pf. und man konnte für dasselbe Geld mindestens 100 Taler kaufen. Heute kostet Ihr Blatt 19 Mark und Sie bekommen 5 Taler für dasselbe Geld. Nehmen Sie es mir nicht übel, aber andere sind gewissermaßen als Sie. Wenn man es so machen würde wie Sie, ginge es manchen schlecht, die heute nicht klagen können! Nichts ist ungut!"

Die Notlage der Presse. Der wirtschaftspolitische Ausschuß der vorläufigen Reichswirtschaftsräte beschloß gestern mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. In mehrfachen Erörterungen wurde die Notlage der Presse und die Notwendigkeit von Gegemahnungen alleinig anerkannt. Die Erledigung des Gesetzentwurfs wurde bis zum 29. d. M. vertagt, da wegen des gleichzeitig stattfindenden Kongresses nur wenig Vertreter der Arbeitnehmer anwesend waren.

Die rückständigen Kohlenlieferungen an die Elektro-
p. Einige Mitglieder des Garantiekomitees hatten vorgestern mit der Regierung eine Vereinbarung über die rückständigen Kohlenlieferungen. Eine Verständigung wurde angebahnt. Sie war aber nicht möglich ohne der deutschen Industrie erneut schwere Opfer wegen der Kohlenverförderung aufzuerlegen. Aber wir mühten uns zu gewissen Lieferungen bereit zu erklären, da wir ja stark im Rückstand mit den Lieferungen waren. Normal ist nicht festgelegt worden.

Ein neuer Anschlag in Hamburg. Gegen die Bücherei des Freidenkens Hauses in Hamburg wurden gestern mittag vier Sprengkörper geworfen. Der Schaden beschränkt sich auf die Zerkümmerung einer Fensterscheibe. Wie erst jetzt bekannt wird, soll bereits vor zwei Wochen ein ähnlicher Anschlag gegen dieselbe Bücherei verübt worden sein.

Als Mörder der erschossenen Frieda Gunders aus Idstein ist ein marokkanischer Soldat der Idsteiner Garnison ermordet worden. Er war vor einigen Tagen wegen Selbstgesträubtheit in das Mainzer Lazarett eingeliefert worden. Nachdem er nach Idstein zurückgekehrt war, hat er die Blutat eingekauft.

Das Hohenaschtern-Vermögen. Im preußischen Landtag ist ein sozialdemokratischer Antrag eingereicht worden, der das Staatsministerium erfordert, dem Landtag möglichst bald in einer Denkschrift Mitteilungen zu machen über das Ergebnis der vom Staatsministerium durchgeführten Nachprüfung der Eigentumsverhältnisse beim Hohenaschtern-Vermögen, insbesondere über Entstehung, Wert und Erröhrung des kreisfreien Vermögens, über die an Mitglieder des Hohenaschternhauses gelangten Vermögensverluste und Zahlungen sowie über die dem Staat aus dem lebigen Zustand erwachsenden Verwaltungskosten.

Sämtliche Kapitäne und Steuerleute der Heringssänger im Unterelb-, Unterweser- und österr. Gebiet sind von den Niedern entlassen worden, nachdem sie einen Schiedspruch des Reichsarbeitsschutzbüro über die Bonfrage abgelehnt hatten. Da auch die übrigen Mannschaften entlassen werden müssen, liegt die gesamte deutsche Heringssängerreihe still.

Kautzki erkrankt. Der "Vorwärts" berichtet, daß Karl Kautzki plötzlich an einem Augenleiden erkrankt sei, das einen sofortigen operativen Eingriff an einem Auge notwendig macht. Die Operation verpreßt guten Erfolg.

11. Deutscher Gewerkschaftskongress in Berlin. Am Mittwoch früh nahm der Gewerkschaftskongress nach einem Schlußwort des 1. Bundesvorstandes bei einer Entschließungsresolution an, das Gesetz einer Schlichtungsordnung lebhafter mit aller Entschiedenheit ab und forderte den Bundesvorstand auf, mit allen gewirtschaftlichen Mitteln gegen ihre Geschwörung anzukämpfen. Der Kongress machte sich die von den Vorständen des ADGB und der AfA im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen und beschloß, den Bundesvorstand anzuvertrauen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Aufzulnahme aller gewirtschaftlichen Kampfsmittel dafür einzusehen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden. Den Arbeitsstandort bestimme der Kongress als eine unantastbare Verungeschädigung der Revolution. Er stellt die sich mehrenden Versuche fest, eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen. Auch der vom Reichsarbeitsschutzbüro ausgearbeitete Entwurf über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben könne nicht als brauchbare Grundlage zur gesetzlichen Festlegung des Arbeitentstandes angesprochen werden. — Die stattgefundene Lohn- und Gehaltsverhöhung hätten mit der Wertsteigerung der Lebenshaltung längst nicht gleichen Schritt gehalten. Die Spanne zwischen Arbeitseinkommen und notwendigen Lebenshaltungskosten sei immer größer geworden. Wenn die gesamte Arbeiterschaft nicht unter der doppelten Last der Zeiterwerbung und einer ungeheuren Belastung an Gütern und Gütern zugrunde gerichtet werden, oder aber die Gefahr der Geldnot in bedrohlicher Weise herausbeschworen werden soll, dann sei es dringend geboten, daß die Reichsregierung endlich wirksamere Maßnahmen gegen die Zeiterwerbung und ihre Überhebung ergreift. Der Kongress forderte, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotförderung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erreichbaren Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völligem Ausschluß von Konjunktur- und Valutagewinn, sichergestellt wird. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, umgehend bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und zu verlangen:

1. Eine Erhöhung der Werbungskosten beim Steuerabzug.
2. Eine Heraufsetzung des arbeitslosen Einkommensab-

von 50 000 auf 100 000 Mark.

3. Eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens. In einer Entschließung zur Wohnungfrage beantragte der Kongress den Bundesvorstand: 1. Die von ihm eingesetzte gewerkschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baukosten weiter zu betreiben und 2. die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbüro eine zentrale Stelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Überführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Betreibungen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung, die auf dieses Ziel eingestellt sind, zusammenzufassen. In weiteren Entschließungen beschreibt der Kongress das Bevölkerungswesen und protestiert auf schärfste gegen die unverbürgten Urteile der deutschen Republik gegen revolutionäre Arbeiter. Zu solchen Szenen kam es, als in Moskau betriebene Kommunisten eine Entschließung ablehnten, in der Namens Protest gegen die gewerkschaftlichen Erwerbungen erhoben wird. Mit Spannung wurde das Ergebnis der Abstimmung über ein Misstrauensvotum gegen den Bundesvorstand (gestellt von Sozial- und Metallarbeiter) verfolgt. Für das Misstrauensvotum stimmten etwa 100, dagegen etwa 600 Delegierte.

Entscheidung gegen das Urteil im Möllingerprozeß. Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Urteil in dem Prozeß gegen Kapitänleutnant a. D. von Möllinger Berufung eingeleitet.

Zusammenstoß bei einer Sonnenfeier. In Clausenthal-Zellerfeld ereignete sich der "Roten Fahne" aufgrund eines Zusammensetzung anlässlich einer von der Deutschen Volkspartei veranstalteten Sonnenfeier. Die Arbeiterschaft veranlaßte eine Gegenfeier, die zu einem Zusammensetzung mit den Teilnehmern an der Feier führte. Auf beiden Seiten gab es Verletzte.

Der Dollar- und Kronenmarkt. Der Dollar notierte an der gestrigen Vormittagsbörsie bei leichtem Abgang 828—830. Die tschechische Krone war mit 620 zu hören.

Österreich.

Stimmtliche Sitzung des Abgeordnetenhauses. Im verkehrstechnischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses protestierten sämtliche deutschen Abgeordneten gegen die Regierungsvorlage auf Verstaatlichung der Autog-Teplitzer Eisenbahn. Die Sitzung nahm einen äußerst fiktiven Verlauf. Der Vorsitzende ließ durch die Parlamentarismus zwei deutsche Abgeordnete aus dem Saal entfernen. Die deutsch-nationalen Abgeordneten erklärten, die Vorlage bewege nichts anderes als die Abschaffung Deutsch-Böhmens und erfolge auf Drängen des Generalstabs. Die ganze Aktion sei aus militärischen Gründen erfolgt und richte sich vor allem gegen Deutschland. Die Regierungsvorlage wurde schließlich nach Ablehnung aller deutschen Abänderungsvorschläge angenommen.

Republik Österreich.

Drohender Beamtenkreis. Die Technische Union, die 10 000 Telegraphen- und Telefonbeamte umfaßt, hat beschlossen, falls bis gestern ihre Forderungen von der Regierung nicht bewilligt würden, in den Streik zu treten. Es wird befürchtet, daß auch andere Beamtengruppen die Gehaltsangleichung an den Tarifausgleich mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen werden.

Frankreich.

Die zweijährige Dienstzeit abgelehnt. Die Kammer hat den Abänderungsantrag André Reverses, der die vorläufige Verlängerung der amwelligen Dienstzeit vorsieht, mit 551 gegen 9 Stimmen abgelehnt, nachdem der Kriegsminister dagegen gestimmt hatte.

Amerika.

Bergarbeiterunruhen. Nach einer Rettung aus Illinois sind bei einem Angriff von 5000 kreisenden Bergarbeitern auf die Gebäude der Kohlengesellschaft 15 Personen getötet und mehr als 20 verwundet worden. Die Mehrzahl der Toten ist Bergarbeiterin. Eine tausendköpfige Menge, darunter viele Bewaffnete, hat sich auf den Schauspiel der Unruhen begeben.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenkalender der Sächs. Staatsoper zu Dresden. Übernahm. Sonntag, 25. Juni "Margarete", 11—12, Montag, 26. "Oberpins und Gurdyde", 8—10, Dienstag, 27. "Der Mann im Moab", 8—10, Mittwoch, den 28. "Der Barbier von Sevilla", 8—10, Donnerstag, 29. in neuer Cirkulation und Inszenierung "Carmen", 7—11, Freitag, 30. "Sigismund Doktor", 7—11, Sonnabend, 1. Juli "Carmen", 7—11, Sonntag, 2. leiste Vorstellung vor den Ferien "Oberon", 8—10 Uhr. — Schauspielhaus. Sonntag, 25. Juni, vorm. 11—2 Uhr für den Verein Dresdner Volksbühne "Salomäus Töchter". Abends 11—12 Uhr leiste Vorstellung vor den Ferien "Wasantana". Vom 2. bis mit 15. Juli: Gastspiel von Mitgliedern des Wiener Burgtheaters.

Bermühtes.

Unfall in der Berliner Staatsoper. Die Abendvorstellung der Berliner Staatsoper am Mittwoch, in der "Ritter Blaubart" gegeben wurde, mußte vorzeitig abgebrochen werden. Der Sänger Leo Schützendorf in der Rolle des Ritters erlitt im zweiten Aufzug bei der Beerdigungssequenz einen plötzlichen Ohnmachtsanfall und stürzte in die Bühnentiefe. Der Vorhang wurde herabgelassen in der Hoffnung, die Vorstellung dennoch weiterführen zu können. Dies erwies sich jedoch als unmöglich. Dem Publikum, das ruhig blieb, mußte schließlich Mitteilung gemacht werden, daß die Oper infolge des Unfalls abgebrochen werden müsse.

Die Senkenpiste in Südmirina. Die französisch-indonesische Zeitung von Hanoi, die gestern in Paris erschienen ist, meldet, in Südmirina verrückte die Senkenpiste und forderte täglich an 800 Dosen.

Von Männern ausgesetzten und verarbeitet. Der "S. J. am Mittag" aufgrund sogen. mehrerer junger Burschen in der vorletzten Nacht in der Nähe des Kreiskrankenhauses zu Löwenklo einen etwa 24 Jahre alten Mannen die Kleider aus und räubten ihm einen Handkoffer mit mehreren tausend Mark Bargeld. Der Überfallene und völlig entkleidete suchte in einem Gasthaus Unterkunft, wo er in schwere Krämpfe verfiel, von denen er noch nicht wiederhergestellt ist. Die Kleider sind man später in der Nähe der Überfallstelle. Die Befürchtungen und die Briefe fehlten.

Die Unterschleife in der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Tempehof. Zu der in den gestrigen Tageszeitungen gebrachten Nachricht über Unterschleife in der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Tempehof teilt die

Markt. Vorher hatte die Diebe durch einen angestellten telephonischen Auftrag das Dienstmädchen aus der Wohnung gelöst.
Um zu überfallen. Am Eingang wurde gemeldet: Mittwoch abend wurde zwischen Oberholz und Weichenbrunn ein Fabrikant in Gegenwart seiner Frau und Tochter überfallen. Diese wurden die Handtaschen entzogen. Als der Mann um Hilfe rief, wurde er von dem Räuber erschossen. Nach einer Meldung des Halbposten von Oberholz ist der Tschosse der aus Chemnitz stammende 60 Jahre alte Margarinefabrikant Franz Fischer.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 22. Juni 1922.

Das Kuratorium der Reichsbank beim Reichskanzler.
In Berlin. Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag das Kuratorium der Reichsbank, das ihm den üblichen gesetzlich vorgeschriebenen Bericht über die Lage der Reichsbank erstattete. Im Anschluß hieran dürfte der Reichskanzler mit den Mitgliedern des Kuratoriums die Frage besprochen haben, die geherrn vormittag Gegenstand seiner Unterhaltung mit dem Reichstagspräsidenten waren, also die Auswirkungen des Marktfalles und die finanzielle Lage des Reiches im Verhältnis zu den Leitungen, die es nach dem Vertrage von Versailles und den späteren Beschlüssen in den kommenden Monaten zu erfüllen hat.

Magdeburg. Auf den Kassenberater der Sollhäuser Kultivare, der sich mit einem Kassenboten zur Ausschaltung der Löhne zum Schmidmannschaft begab, wurde von zwei Männern ein Raubüberfall verübt, die ihm mit vorgehaltenem Revolver die Lohngehalter im Betrage von 400 000 Mark abnahmen. Die Räuber konnten später festgenommen werden. Das geraubte Geld wurde wieder bei ihnen gefunden.

Die Ausprache Galonska.

Kattowitz. Nach den Ansprachen des deutschen Bevollmächtigten Staatssekretär Lewald und des Vertreters der polnischen Regierung bei der Einführung des Präsidenten der gemischten Kommission, ergriff Präsident Galonka das Wort und führte aus: Jetzt, da die beiden Staaten bereit einen Teil der ihnen zugesprochenen Gebiete besetzt haben, ist der Zeitpunkt gekommen, um das neue Regime in Tätigkeit zu sehen, das für die nächsten 15 Jahre die Basis für die Verwaltung Oberschlesiens sein soll. Das wichtigste Organ dieses Regimes wird die gemischte Kommission sein, deren hauptsächliche Aufgabe sein soll, aber die in der Genfer Abmachung festgelegten Vorschriften zu wahren, im Interesse des öberschlesischen Bevölkerung. Sobald die beiden Regierungen die volle Souveränität über die ihnen zugesprochenen Gebiete übernommen haben, werden sie es als Ehrenpflicht ansehen, die Minoritäten mit Gerechtigkeit und Wohlwollen zu behandeln und sie durch Polizei und Gerichte zu schützen. Die beiden Regierungen legten in der von ihnen abgeschlossenen Vereinbarung Bestimmungen fest, die einen ungeduldigen Gebrauch der Minderungsrechte sichern. Als Garantie für die Minoritätenrechte wird jeder Oberbefehlster das Recht haben, sich an den Volksbund zu wenden. Auch wird der Präsident der gemischten Kommission die Pflicht haben, jede ihm unterbreitete Klage zu untersuchen und über jeden Fall ein Gutachten abzugeben. Die Minoritäten können davon überzeugt sein, daß der Präsident der gemischten Kommission sich der ganz besonderen Verantwortung auf dem Gebiete des Minoritätenschutzes bewußt ist. Ich übernehme diese Verantwortung mit umso größerer Hoffnung, weil ich weiß, in wie hohem Maße sich auf Unterstützung der beiden Staaten sowie ihrer ausständigen Stellen rechnen läßt. In diesem Geiste übernehme ich die Präsidentschaft der gemischten Kommission und verspreche feierlich, allen zu tun, was in meiner Macht steht, um zur Wiederherstellung des Friedens und des Vertrauens beizutragen und der Gerechtigkeit zu dienen. (Siehe auch in der Beilage unter: Aus Oberschlesien.)

Eine Erklärung der österreichischen Landwirtschaft.

Wien. Der Reichsbauernrat, d. i. der Ausschuß des Reichsbauernbundes, nahm in seiner geistigen Sitzung eine Entschließung an, in der es heißt, die Landwirtschaft Österreich sei grundsätzlich im Interesse einer Rettung des Staates bereit, ihrerseits bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit finanzielle Opfer zu bringen. Sie lehne aber ein einseitiges Produktionssteuersystem ab und verlange, daß bei der Aufnahme einer inneren Anleihe der Gesamtbestand gleichmäßig betroffen werde. Sie verlange ferner eine Abänderung der Bestimmungen über die Arbeitszeit und die Arbeitslosenunterstützung zur Sicherung einer vermehrten Arbeitsleistung, ferner den Beamtenabstand und die Vereinfachung der Verwaltung. Auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik siehe sie auf dem Boden des Freihandels und

In diesen Tagen

wird der Briefträger zu unseren Volksschülern kommen und das Beauftragte für das nächste Vierteljahr erbitten. Damit eine Unterbrechung in der Zustellung des Riesener Tageblattes zu Beginn des kommenden Monats vermieden wird, empfehlen wir die sofortige Erneuerung des Beauftragten beim Briefträger oder dem nächsten Postamt. — Vierteljährlicher Bezugsschein des Riesener Tageblattes durch die Post frei ins Haus 81.— Markt. —

lehne jeden einzelfall Schutzgeld ab. Sie erucht förmlich den Minister für Land- und Forstwirtschaft als ihren Vertrauensmann im Kabinett, im Sinne dieser Entscheidung im Ministerium zu wirken.

Ausdrückungen Streitender in Oberösterreich.

Vienna. In einigen Gemeinden Oberösterreichs befindet sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft im Streik wegen Sozialversicherungen, wobei ihr von der industriellen Arbeiterschaft von Steyr Unterstützung zugesagt wurde. Infolge von Anschlägen einer Drogung seitens der Streitenden mit Terroristen, richtete der Bezirkshauptmann von Steyr an die industrielle Arbeiterschaft eine Warnung, in der er auch auf die Bestimmungen des Koalitionsgeistes aufmerksam mache. Als Folge hieron erhielten gehörn ungefähr 4000 Demonstranten vor der Bezirkshauptmannschaft in Steyr. Der Bezirkshauptmann wurde unter Beschluß ausfließen aus seiner Kanzlei herausgeholt und von der Menge aufgefordert, seine Sitzung zu rechtfertigen. Während seiner Erklärung wurde von den erregten Demonstranten unter stürmischem Zusunnen seine Abdankung verlangt. Schließlich zerstreute sich die Menge auf Befehl des Sekretärs des Landarbeiterverbandes. Der Bezirkshauptmann wurde von Arbeiterschülern in seine Kanzlei zurückgeleitet.

Günstige Erklärung der Lage in London.

London. Nach einer amtlichen Meldung aus London wurden zwei britische Offiziere am 18. 6. in Turkestan von einem eingeborenen Häuptling ermordet.

Die Ermordung des Feldmarschalls Willson.

London. Im Überhaus verlas der Vordkanzler den Bericht der Sicherheitspolizei, in dem es heißt: Um 1 Uhr 20 Minuten nachmittags wurde der Geschäftsführungsloge O'Brien (24 Jahre) und der Geschäftsführungsloge O'Connors, beide ohne Beruf und Wohnstätte, beschaut, wie sie aus dem House-Place 20 eilige entflohen. Sie wurden von einem Polizeibeamten verfolgt. Dieser erhielt einen Schuß in den Unterleib und wurde schwer verletzt. Ein anderer Beamter, der die Verfolgung fortführte, wurde am Bein verwundet. Beide befinden sich im Hospital, ebenso ein Winkel, der sich anscheinend an der Verfolgung beteiligte. Mehrere andere Polizeibeamten gelang es dann, die beiden Flüchtlinge festzunehmen. Die beiden Verhafteten leisteten bestigen Widerstand. Es wurden bei ihnen Papiere gefunden, aus denen hervorzuheben scheint, daß sie der irischen republikanischen Armee angehören. Der Körner Willson wurde dreimal getroffen. Ein Schuß durchbohrte das Bein, ein anderer den Arm, der dritte den Leib. Ein Arbeiter, der Augenzeuge des Attentats war, berichtet, daß die beiden Täter drei Schüsse auf den Marshall abgaben, in dem Augenblick, wo er das Auto verlassen hatte und sich in seine Wohnung begeben wollte. Nach den ersten beiden Schüssen eilte der Marshall auf die Haustür zu und versuchte sie zu öffnen. In diesem Augenblick fiel der dritte Schuß, worauf der Marshall zurückstürzte und zusammenbrach. (Siehe auch in der Beilage.)

Sport.

Sportvereins neue Saison gegen eine ausländische Mannschaft. Der Kreismeister von Mittelsachsen, Riesa Sportverein, hat morgen Sonnabend, abends 6 Uhr eine Meisterschaft aus dem einstigen Österreicherland zu Gast. Die Deutschen sind als vollendete Balltechniker bekannt. Ihre hohe Klasse beweist der Landesligakampf vor

einem Wochenende in Dresden, der die Niederen mit 8:1 als Sieger sah, mit einer Mannschaft, in der eine Reihe Spieler des R. A. Teut. OS und des R. A. Russ. mitwirkten. Die "Deutschen Sportfreunde" Russia, die morgen in Riesa spielen werden, haben außerst anstrengend gegen beide Vereine abgeschnitten. Man darf daher gute sportliche Leistungen von ihnen erwarten. Am Sonntag finden in ganz Deutschland bis auf wenige Ausnahmen nur Jugendspiele statt.

Verein für Leibesübungen. Am friedlichen Abendwettkampf standen sich gestern abend B. L. 1.—Spielvereinigung R. A. 1. gegenüber. Mit dem knappen Resultat 1:0 (0:0) gewann B. L. verdient. Amel alerstädtische Mannschaften lieferten einen schönen offenen Kampf, indem der Blauehnhäuser etwas mehr vom Spiel hatte. Die Belebung B. L. mit neuen Kräften bewährte sich bis auf den Nachtkampf gut. Die Spieler-Mannschaft zeigte wie immer Eifer und Siegeswillen, konnte sich aber nicht ausschlecken. Heute abend treffen sich auf Sportplatz Magdeburger Spielvereinigung R. A. 1. (1:7 Uhr). Sonnabend: Höhner 1.—B. L. 1. (0:7 Uhr).

Großer Wandertag des Bundes Deutscher Radfahrer am 25. Juni 1922. Der 25. Juni wird in ganz Deutschland auf dem Gebiete des Radportes ein bedeutungsvoller Tag sein. Anlaß der Gründung der Deutschen Kampfspiele im Deutschen Stadion Berlin werden sich tausende und abtausende auf die Wanderfahrt begeben und an einem historischen oder nationalen denkwürdigen Punkte zusammenfinden. Die Rheinländer vereinen sich am Deutschen Eck in Koblenz, die Bauern fahren nach Kelheim zur Befreiungssonne, die mitteldeutschethane Steyr und Magdeburg radwandern nach dem Rossbäuerer, die Württemberger, Baden, Frankfurter und die aus dem Saarland nach dem denkwürdigen Heidelberger Schloss, die Sachsen, bis Gau, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Vogtland, sowie Gau, Görlitz und der Sächs. Radf. Bund zur Albrechtsburg nach Meißen, die Westfalen und Ostwestfalen, die Bremer und Niedersachsen nach dem Teutoburger Wald zum Hermanns-Denkmal, die Braunschweiger und Hannoveraner fahren nach dem Brocken, die Schlesier, Görlitzer und Lausitzer zum Kyffhauser, die Breslauer, Oppeler, die Mecklenburger treffen sich an der alten Eiche zu Wöbbelin am Grabe des deutschnationalen Dichters Theodor Storm, die Schleswig-Holsteiner auf der denkwürdigen Stätte von Cuxhaven, die Brandenburger (Berliner) und Pommern kommen am Schlosse Ahrensburg ankommen. Am Städte Nördlingen vereinen sich die Niedersachsen und östlichen Grenzgau zusammenfinden. Die aus Frankfurt (Oder) und den benachbarten Landesteilen fahren nach Bagan während alle Ostpreußen die Stätte von Tannenberg als Treffpunkt ausserieben haben. An diesen 15 historischen denkwürdigen Punkten werden sich die deutschen Radfahrer geschlossen einfinden. Beim laufenden werden an der Stelle 12 Uhr stattfindenden, für den deutschen Sport bedeutungsvollen Kundgebung teilnehmen. Es soll damit auf den hohen idealen Wert des Sports und der Leibesübungen und insbesondere auf die Bedeutung der deutschen Kampfspiele für das Deutsche Volk hingewiesen werden. Am Sachsenlande werden sich über 4000 Radfahrerinnen und Radfahrer auf die Wanderfahrt begeben und sich in Meißen bis 12 Uhr treffen. 12 Uhr erfolgt gemeinsamer Abmarsch nach der Albrechtsburg. Heroldie in mittelalterlicher Tracht werden durch Fanfaren den Zug der Radfahrer begrüßen. Männergesang wird bis Punkt 12 Uhr im Burghof durch eine Ansprache eingeleitete Kundgebung umrahmen. Nach der Kundgebung folgt Befestigung des Thrones und der Burg. Treffpunkte der einzelnen Gau sind: Dresden: Hamburger Hof (Regierung), Leipzig: Goldene Sonne und Blauer Stern. Chemnitz: Goldener Löwe. Gotha: Stadttheater Görlische Gale. Nördlingen: Kaisergarten. Sächs. Radfahrer-Bund: Goldner Ring, Petriplatz Straße und Adlers Gasträtte, Kleinmarkt. An der Fahrt wird sich auch die radiobehende Jugend zahlreich beteiligen. Ausfünfte erteilt: Franz Süß, Dresden, Jahnstraße 8, Fernspr. 10557.

Dresdner Schlachtwiekmärkt am 22. Juni 1922. Betrieb: 1. Rinder: a) 11 Kühe, b) 16 Bullen, c) 39 Kalben und Kühe, 2. 392 Röder, 3. 57 Schafe, 4. 258 Schweine. Preise für 50 kg in Mark für Lebend- und Schlachtmäßig: Für Kinder: wie am Montag. Röder: 1. Doppellender — 2. beste Rast- und Saugköder 2700 bis 2900, 4875 bis 4875, 3. mittlere Rast- und gute Saugköder 2400 bis 2600, 4000 bis 4250, 4. geringe Röder 1500 bis 2100, 2750 bis 3800. Schafe: wie am Montag. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahr 5000 bis 5100, 6425 bis 6525, 2. Fettswine 5100 bis 5800, 6375 bis 6625, 3. fleidige 4300 bis 4800, 5750 bis 6125, 4. gering entwickelte 3700 bis 4100, 5300 bis 5750, 5. Sauen und Ober 3800 bis 4600, 5075 bis 6125. Ausnahmepreise über Notiz. Tendenz des Marktes: langsam.

Haus- u. Zierschürzen, große Auswahl.

Prima Stangenleinen.
Reinleinen Bettlaken.
Bettzeug, weiß u. rot karriert.

Kreidentuch, Hand- u. Wischtücher.

Fertige Leinenhemden
für Damen, Herren u. Burschen.
Unterhosen, Büstenhalter, Korsetts.

Prima Maco- und Normal-Unterwäsche.

Badeartikel usw.

Gaborit-Schnittmuster zu haben bei

F. Gaertner, Gröba, Schulstr. 11

Schwache Nerven

sind die Grundursachen der meisten Krankheiten. Bißarmut, Herzklöppen, nervöse Kopfschmerzen, Schwächezustände aller Art, Unlust zur Arbeit, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden. Alle sollen nur durch

Doppelherz
dem von der medizinisch-wissenschaftlichen Kommissionen Nerven-Kräutigmischung behandelt werden. Allein echt mit der Schutz-

marke Herzschwester. Zum Zeichen der Echtheit genau auf Schutzmarke achten.

Central-Drogerie

Oskar Förster.

Jüngeres ordentliches

Bürtschöftsmädchen

welches meilen kann, sucht

für 15. Juli

Preise, Moritz.

Auh mit Auh

zu verl. Meißner Str. 8.

Schöne Zug- u. Leinen-

Rühe

am hochtragend u.

mit Külbem, stehen preis-

wert zum Verkauf.

Emil Thielemann,

(Inh.: Arthur Thiele-

mann), Töpferei u.

Gießerei 1. Gießerei Nr. 10.

Arbeitskräfte

aller Art und auf kürzesten Wege finden Sie durch eine kleine Anzeige im Riesener Tageblatt. — Anzeigen-Annahme, Gothaerstr. 59, täglich von 8 Uhr an.

Tüchtiger

Berzeug - Schlosser

älterer erfahrener Mann, sofort für dauernd gefragt. Roland-Alvarate-Bau

Mölln & Löde,

Neuwieda.

Eine hornlose Schweizer

Gaenzziege, gutmelkend,

ist in gute Hände zu verl.

Käferstraße 1, 2, L.

1 guter. Einfäanner.

Rauchensatz

bei M. Goll, Gleisstr.

an der Wohllebenstr. 48, in verl. Gröba, Str. 81.

Linka-Holmann-Lauthammer-Aktiengesellschaft

Abteilung Stahl- und Walzwerk Riesa.

Rößlflächerei Schliebenstr. 19

Morgen Sonnabend Fleischverkauf.

Tel. 278. Otto Gundersmann.

Neumelone Siege

Gebr. Niederbetschle

zu verl. Meißner Str. 8.

SLUB

Wir führen Wissen.

Hosen

Habe meinem Geschäft eine München-Gladbacher Hosenzentrale einverlebt und verkaufe bei nur guten Qualitäten und von Verarbeitung alle Sorten Hosen zu denbar billigen Preisen.
Bitte um Besichtigung meines Lagers, auch ohne Kaufzwang.

Telefon 313. Rauhhaus D. Morgenstern, Riesa Hauptstr. 39.

Hosen

Stadtpark Riesa
heute Freitag, 23. Juni
abends 8 Uhr
großes Extrakonzert
Leitung: G. Dunkel.
Es lädt erneut ein Otto Weser.

Kammerlichtspiele
Hauptstraße

Ab heute der größte und beste
amerikanische Großfilm:

„Der rote Handschuh“.

6 Teile, 36 Akte.

1. Teil: Der Raubzug der Geier.

Der Film erzielte in Amerika sowohl, als auch in allen Großstädten den größten Erfolg, den bisher ein amerikanischer Film erzielte. An der Hauptrolle ist die beliebteste Darstellerin der Jetzzeit, Maria Walcamp, genannt der weibliche Eddie Polo, beschäftigt (in Amerika genannt die Frau ohne Furcht und Nerven). Die Handlung des Films spielt zum Teil in New-York, zum Teil in Kalifornien und in den rauen Bergen Nordamerikas.

Hierzu der lebte und spannende Teil des amerikanischen Riesenfilms „Caro Ah“:

Im Tale des Schreckens.

Täglich Vorführungen 7 und 9 Uhr.

Sonntags ab 4 Uhr.

— Täglich Rosenklub 9 Uhr. —

Wegen der großen Länge der beiden Filme wird um rechtzeitiges Kommen gebeten.

Um rechtzeitig Besuch bitten
der Besitzer Karl Marx.

Sonntag, 25. Juni, findet im Schützenhaus unter
Mannschafts-Vergnügen
statt. Wir laden hierdurch nochmals alle Mitglieder
nebst Angehörigen dazu ein. Anfang 5 Uhr.
Der Vorsitzende des V. f. S.

Jugendverein „Gemütlichkeit“ Röderau.
Sonntag, den 25. Juni, findet im „Waldschlösschen“ unter diesjähriges

Stiftungsfest
statt, verbunden mit Neigen und Verlosung. Mitglieder und deren Angehörige sind herzlich willkommen. Anfang 4 Uhr. Der Vorsitzende.

Sonntag, den 25. Juni
großes Sommerfest
veranstaltet vom Fechtverein Nünchritz, verbunden
mit Radverlosung u. s. w.

Abends großer Festball.
Stellen der Kinder zum Umzugpunkt 12 Uhr.
Um eutigen Auftritt bitten der Gesamtvorstand.

Sonntag, den 25. Juni
Kranzreiten in Görzig.
Anmeldungen zum Reiten bis zu Beginn desselben.

Gasthof „Stadt Riesa“ Poppitz.

Sonntag, **Gartenkonzert**, ausgeführt vom
25. Juni Poppitz, sowie seine musikal. Unterhaltung.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei! Abends Garten
effektiv beleuchtet. — Abends anschließend
öffentliches Tanzkränzchen.

Für H. Speisen und Getränke ist gesorgt. Um
regen Auftritt bitten J. Becking.

Rosengarten Grödel.
Sonntag, 25. Juni, findet von nachm. 2 Uhr an
großes öffentliches Breitseigeln

statt, wo wo alle Regelbrüder, Freunde und Söhne
des RegelSports feierlich einladen
Tägliche Schule. Zweigv. Glauhitz.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben
unvergesslichen Vaters, Schwieger-, Groß-
und Urgrohvers, des Herrn Privatus

Ernst Moritz Stein

sagen wie allen Verwandten, Nachbarn
und Bekannten für herrlichen Blumen-
strauß, für Wort, Wied und Tat unsern
herzlichsten, aufsichtigsten Dank.

Wir aber, lieber Entschlafener, rufen
wie ein „Habe Dank“ und „Stube saft“
in Deine stillle Gruft nach.

Blochwitz, 21. Juni 1922.

Die Hinterbliebenen.

Vereinsnachrichten

Turnverein Riesa. Heute Hauptprobe für Dom-
märsch. Sonnabend 7/4 Uhr Admariab. Gau-
fest Turnhalle. Jugend Sonntag 7/7 Uhr Vbf.
Verein Erzgebirg. u. Vogtländer, Riesa. Morgen
abend Ausflug nach Gottshof Oelsnitz. Admariab.
7/8 Trinitatistische. Zahlreiche Beteilg. erw.
Ehemal. Angehörige der Artl. Mgr. 32 u. 68.
Sonnabend, 24. d. M. 8/1 Uhr Kameradschaft.
Vereinsfeier im Vereinslokal Hotel Höpflner.
V. f. S. Sonnabend Gnadenzusammenkunft 5 Uhr
im Vereinslokal. Sonntag vorm. 8 Uhr das
selbst Halbjahresversammlung. Wichtige Tages-
ordnung. Erste Sitzung ist Pflicht. Mitglieds-
karten und Vereinsdruck sind abzugeben.

Deutscher Radfahrer-Bund Gau 21b, Riesa. Riesa.
Sonntag, 25. Juni, gr. Bundes- und Landes-
verbands-Wanderfahrt nach Meißen, Standort
Döhlburger Hof Leipzigstr. bis vorm. 11 Uhr.
Abfahrt in Riesa vorm. 8 Uhr ab Wettiner Hof.
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Ehemal. Angehörige d. Landw. 102. Montag
abend 8 Uhr Befreiung im Dampfbad.

Militärverein Döpzig, Mergendorf u. Ullig. Sonn-
tag, 25. d. abends 8/8 Uhr Monatsversammlung.

Sonnabend, den 1. Juli 1922, nachm. 2 Uhr
im großen Saale des Sachsenbodes zu Großenhain

ordentliche Haupt-Versammlung
des landwirtsch. Bezirkverbundes Großenhain.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.

2. Kassenbericht.

3. Vortrag des Herrn Landtagsabgeordn. Mittlerguts-
besitzer Dögenstecher-Steinbach, 1. Vorsitzender
des Sächs. Landbundes, über: Organisation
des Reichslandbundes und Siedlung".

4. Ausführung des Herrn Landtagsabg. Gutsbesitzer
Friedrich-Dörfelde, 2. Vorsitzender des Sächs.
Landbundes, über "Verdeckerungsfragen".

5. Besondere Anträge, welche in der Geschäftsstelle
bis zum 24. Juni schriftlich eingereichen sind.

6. Verschiedenes.

Einen recht zahlreichen Besuch der Versammlung
erhofft.

Sonnabend 8 Uhr

Schwarzer Platz

Deutsche Sportbrüder Aussig

gegen
Riesaer Sportverein

Kreismeister von Mittelsachsen.

Tanz-Unterricht

Bahrmanns Gasthof Nünchritz.

Die zweite Unterrichtsstunde findet Montag,
26. Juni, abends 7 Uhr statt. Anmeldungen werden
noch entgegengenommen. Rob. Richter, Erik Rühr.

Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva. Passiva.

Unbedeutende Grundstücke 28869,95 Mitglieder 90183,98

Miethäuser 1193,177. Rücklagen:

Neubauten 897873,82 *) gelegl. Ref.

Ginrichtungs- fonds 4393,38

gegenstände 302,60 b) Hilfsrücklag. 8890,63

Mietforderung. 13955,75 Hypotheken:

Beteiligung an 4700. Schulden 632762,60

and. Intern. 250. Schulverschreib.

Hinterlegung. 35400.— bungen

Wertpapiere 11772. Baufonds:

Bant.-Sparkass. 1235361,01

u. Gro.-Guth. 21806,45 Sonst. Schuldb. 182025,31

Rübenbestand 347,79 Gewinn 6088,45

M. 2173055,86 M. 2173055,86

Mitgliederbewegung: Zahl der Beteil. Gesamt-

Mitgl. Anteile haftsumme

Mitgliederstand 1920 210 283 M. 84900

Zugang 18 31 " 9800

Ausgang 16 25 " 7500

In das neue Geschäftsjahr 1922 übernommen: 207 289 M. 86700

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder haben
sich im Laufe des Geschäftsjahrs um M. 3559,04
vermehrt. Auf voll eingezahlte Geschäftsbanteile
entfallende 4% Dividende sind recht bald im Bank-
haus: „Allgemeine Deutsche Creditanstalt Riesa“
abzuhören. Ausweis: Kontobuch. Alle anderen
Kontobücher bis mit Nr. 275 sind zwecks Gutschrift
der Dividenden vorzulegen.

Riesa, den 22. Juni 1922.

Baugenossenschaft des Personals

der Reichseisenbahnen zu Riesa,

eingetragene Genossenschaft m. b. H.

Der Vorstand.

Ernst Huth. Platz Wanewald.

Für alle die Liebe und Teilnahme, die uns und dem
Andenken unserer teuren Entschlafenen entgegen-
gebracht worden sind, sagen von ganzem Herzen Dank.

Bruno Böttger

Helene Donath geb. Böttger

Erich Böttger

Linda Böttger geb. Haase

Fritz Donath

Frieda Böttger geb. Arnold

Nünchritz, Glaubitz,

Leckwitz-Rosenmühle,

den 23. Juni 1922.

Möbel-Ausstellung

Speise-Raum-
und Schlafzimmer

sowie Einzelmöbel

in einfach bürgerlichen bis zu
den elegantesten Ausführungen.

gute Preise, in
reicher Auswahl, empfohlen

Max Trips

Inhaber Albin Wauer

Dresden-N. Königsbrücker Str. 56. Telefon 22691

**Urhung. Vertausche mein
Stadtgrundstück**
mit Dreikammerwohnung
nebst Stallung, sofort be-
ziehbar, gegen ebensoches
auf dem Lande. Off. mit.
B. Q. 0077 an Tagebl. Riesa.

**Wer verkauft sein
Besitztum?**
P. M. Bongard,
Gansaring 84, Rösl.

**Jeh kaufe täglich
Papier, Lumpen
Eisen, Altmetall
Knochen usw.**
Alfred Mann,
Ginald 6. Gebr. Arnumau
im Hof. Tel. 612.
Groß-Wolken hole selbst ab.

Stokhaare
kaufst jedes Quantum
(Schweif. Wd. 80-100 Wd.).
Firma Otto Striegler,
Dambachstr. 56.

Bruchfranke
könn. auch ohne Operation
und Verlustförderung gehobt
werd. Nächste Spredstunde
in Riesa, Hotel Deutsches
Haus am 28.6., v. 9-1 Uhr.
Dr. med. Jacobs, Arzt,
Spezialist für Brüderleiden,
Berlin W. 50, Rantkestr. 33.
(Vorher Dr. Laabs.)

An Stelle von Vinoleum
auf alte, ausgelauftre Die-
lung zu verlegen habe noch
Parkettfußboden
in verschiedenen Stäcken
und Holzarten abzugeben.
Döbelner Parkettfabrik
Julius Größler,
Döbeln, Am Bahnhof.
Fernuf 275.

P. M. Rindfleisch
P. Hammelfleisch
G. Seilmann, Seihain,
Pöhl. frisch Rirschken.

Kirschbütre
am Bürgergarten.
Morgen Sonnabend
Rohrabi-Berlauf.

Stadtgärtnerei
an der Bahnhofslindung
8-11 und 2-4 Uhr.

Romillen, Lindenblüten
kaufst die Stadtapotheke.

Gasthof Stößitz.
Sonntag, 25.6., 7 Uhr an
öffentliche Ballmusik
Es lädt erg. ein J. Kosch

Gasthof Reuß.
Sonnabend, d. 24. Juni
große Ballmusik
Anfang 7 Uhr. Benthin.

Häuteverwertungs-
Fvereinigung Riesa.
Treffpunkt Sonntag früh
7 Uhr am Dampfschiff
(Gebäckfertigung).

Die heutige Nr. umfaßt
8 Seiten.
Hierzu Nr. 25 des
Gebäckfertig. am 25.6.

Ich empfehle von falscher Sendung
Schweizer Kakao

allerfeinst dunkle Ware, Markt Zschärd,

1/2 Pfund nur M. 13,— bei Entnahme von
Original-5-Pf. Badungen & Pf. M. 49,—

</div

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Geldnäppheit brüder. Bei steigenden Devisen ist wieder eine Stagnation, gelegentlich sogar rückwärtige Bewegung der Preisen zu verzeichnen. Der Mangel an Betriebskapital zeigt sich bereits in einem großen Angriff von Aktien und Anteilen, dem geringerer Kauflust oder vielleicht geringere Kaufkraft gegenübersteht. Das Bedenktliche daran ist, dass diese Erweiterungen bereits auftreten, ehe die an die Unternehmungen gestellten höheren Ansprüche wissentlich werden. Die Bevorzugt wird, dass, sobald vom 1. Juli ab das allgemeine Preisniveau durch vielseitige Erhöhungen, namentlich Eisenbahnen, Posttarife, Bootspreise und Meilen angreift, eine folgenschwere Überlastung der Wirtschaft entsteht, die tragisch enden kann. Auch im Reichsbankausweis der zweiten Juniwocche zeichnet sich das Kreditbedürfnis scharf von den sonst um Monatsmitte abgeschwächten Ausprächen ab. Die gesamte Kapitalanlage liegt beträchtlich um 8,3 Milliarden auf 175,9 Milliarden. Die Steigerung des Notenumlaufs ist nicht übermäßig, aber für Monatsmitte immerhin beträchtlich mit 49,4 Millionen bei einem Rückgang an Darlehenstauschneinen um 145,9 Millionen.

Die Bilanzen der Großbanken, die in den letzten Tagen veröffentlicht worden sind, zeigen einen Höhepunkt der Konjunktur des Bankgeschäfts infolge der Aufnahme der Inflation, aber am Goldwert gemessen sind die Bilanzen trotzdem sehr mäßig. Während in der ersten Zeit nach dem Kriege das Geschäft mit dem Reiche im Vordergrund stand, hat es infolge des Wiederaufbaus des Geschäftsverkehrs sich überwiegend dem privaten Kundenkreis zugewandt, während die stark angewachsene Schatzwechselkasse größtenteils von der Reichsbank aufgenommen werden musste. Alle Posten der Bankbilanzen zeigen mit dem Geldbedürfnis der privaten Wirtschaft zusammenhängende starke Erhöhung ihres Anteils. Der Vergleich zwischen eigenen Bankgeldern und fremden Einlagen erweist, dass trotz sehr erheblicher Kapitalerhöhungen eine Rückläufe zu früher normalen Zuständen nicht zu denken ist. Als Auslands Höhepunkt hat Amsterdam die Bedeutung erlangt, die früher London hatte, doch kommt das Dienstgeschäft in den Bilanzen, da es nicht besonders aufgeschlüsselt ist, nicht zum Ausdruck. Die Dividendenpolitik ist vorsichtig und zurückhaltend geworden, dafür sind überall die Reserven bedeutend verstärkt worden, was angeblich der gefährdeten Entwicklung der Wirtschaft durchaus gefundene erscheint. Daneben ist die Zukunft für das deutsche Handelsgewerbe durchaus nicht frei von drohenden Wahlen, zumal trotz fortwährender Inflation die Kapitalverfügung immer bedrohlicher wird.

Es vergeht keine Woche, ohne dass die Entente neuen Druck auf die deutsche Wirtschaft ausübt. Die Reparationskommission hat für die „Unabhängigkeit“ des Reichsbanks neue Sicherungen verlangt. Das zeigt, wie weit die Finanzkontrolle bereits fortgeschritten ist und in absehbarer Zeit zu unerträglichen Konsequenzen führen muss. Unter normalen Umständen wäre die Beschränkung der Inflation das natürliche Mittel zur Gelindung, gegenwärtig aber ist sie gefährlich, weil die Vermehrung des Notenumlaufs das einzige Sicherheitsventil für den Staat ist, das bisher eine Explosion verhindert hat. Die Teuerung der gesamten öffentlichen Bedürfnisse durch Steuern führt zwangsläufig nur auf eine Inflation hinaus, die Grenze, die auch von der Genauer Währungscommission festgestellt ist, ist in Deutschland bereits überschritten. Die neuen Steuern, die gegenwärtig ihre endgültige Fassung erhalten, sollen ein um so gefährlicheres Experiment dar, als ihr Innerheitsgrenzen die Befestigung ins Unerlässliche steigert. Zu allen drohenden Wetterseiten gesellt sich die außerkonstitutionelle Preissteigerung in fast allen Rohstoffen und Waren, wobei festzustellen ist, dass die neuen Großhandelspreise vereinzelt über den gegenwärtigen, auch stark angesogenen Marktpreisen stehen. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft beginnt bedrohliche Formen anzunehmen.

Sächsischer Landtag.

wst. Dresden, 22. Juni.

Vizepräsident Dr. Wagner eröffnet die Sitzung gegen 11½ Uhr. Das Haus erbt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Bütheing (Unabh.) durch Erheben von den Plänen. Der Vizepräsident kündigt an, dass die nächsten Vollzähungen am nächsten Mittwoch und Donnerstag um 9½ Uhr vormittags stattfinden sollen zur Verabschiedung des Haagegesetzes.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung ein sozialdemokratischer Antrag auf Beschränkung des Automobilverkehrs an den Sonntagnachmittagen. Abg. Schembor (Soz.) begründet den Antrag. Seit dem Kriege seien mehr als 60 000 Kraftwagen neu in den Verkehr eingestellt worden. Die außerordentliche Staubbelästigung durch schnelles Fahren sei entschieden gesundheitsschädlich. Das an Sonntagen erholungsuchende Publikum sei gezwungen, oft zur Seite zu springen, um nicht überfahren zu werden. Die Luft sei an solchen Tagen dauernd verpebelt. Ein allgemeines Fahrverbod werde sich zwar nicht erreichen lassen, aber doch eine Beschränkung des Verkehrs an den Sonntagnachmittagen. In einigen Staaten, namentlich in der Schweiz, sei das bereits der Fall. Das Wohl der Bevölkerung kehe unter allen Umständen doch höher als das Wohl der vielfach ausländischen Automobilfahrer. Minister des Innern Lipinski: Der Antrag dürfte sich bereits erledigt haben, da das Reich in dieser Hinsicht eingreifen müsse, da gewisse reichsgesetzliche Verkehrsbestimmungen mit in Frage kämen. Nicht alle Straßen könnten an den Sonntagen für den Automobilverkehr gesperrt werden. Wo aber noch andere Nebenstraßen vorhanden seien, solle eine Sperrung der Parallelstraßen in Erwägung gezogen werden. Nach weiterer Aussprache wird der Antrag an den Haushaltshausschuss B verwohlt.

Es folgt der Bericht zu Kapitel 101 des Haages, allgemeine Ausgaben im Geschäftsbereich des Kultusministeriums. Im Laufe der ausgedehnten Aussprache über Jugendwohlfahrt und Volksbildungswesen tritt Abgeordneter Bürger (D. Wp.) für eine bessere Unterstützung des Leipziger Volksmuseums ein, welches das alte Museum der Gegenwart sei, jedoch nur 8000 Mark Staatshilfe erhalten. Es sei ganz unentbehrlich für die Universität Leipzig. Die Abstimmung über das Haakapitel erfolgt am Mittwoch. Das Kapitel 64, Gewerbe und Damaskus, aufsicht, wird nach kurzer Aussprache in zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung über Artikel 5 des außerordentlichen Haages, Kapitalbeteiligung des Staates an der Landesbebauungsellschaft „Sächsisches Heim“, S. m. 5. D. Abg. Frau Büttner (S.) gibt einen Überblick über die Wohnungslage in Sachsen, wo über 40 000 Wohnungen fehlten. Nur eine großzügige Hilfe könne wirksam werden. Abg. Hammelberg (Dnaf.) tritt für den freien Wohnungsbau ein. Schließlich werden die angeforderten 2 800 000 M. unanträglich bewilligt.

Die folgenden Punkte Kapitel 20, direkte Steuern und 78 Finanzministerium werden gemeinsam beraten. Abg. Habermann (D. Wp.) erhielt den Auslandsbericht. Die Befreiung des Reichs am Enden betrifft über 2 Mill.

Die Aussprache über die Außenpolitik im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

wst. Berlin, 22. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen auf Einleitung einer allgemeinen Finanzreform nach bestimmten Prinzipien sofort einer Kommission überwiesen. Der Antrag fordert, dass alle der Körperchaftsteuer unterliegenden Körperchaften ihre Kapitalanteile um ein Drittel zu erhöhen und dieses Drittel dem Reich abzutragen haben. Auf jedes inländische Grundvermögen wird zugunsten des Reichs an erster Stelle eine Grundsteuer in Höhe eines Viertels des angegebenen Wertes eingezogen. Vom Erbrecht sollen die Verwandten der dritten und folgenden Stufe ausgeschlossen sein und für den Reichskasten ein gesetzliches Erbrecht eingeschafft werden. Bei Erbansätzen über 100 000 Goldmark erhält das Reich einen Erbanspruch auf den Niederfluss.

Es folgt die Begründung der gestern begründeten außenpolitischen Interpellationen.

Abg. Stampfer (Soz.) erklärt, dass seine Partei bemüht sei, im Verein mit den ausländischen Brüderpartien das schamlos gebraute Recht am Rhein und Saar wieder herzustellen. Die Sozialdemokratie billige deshalb die Erklärung der Reichsregierung. Die Gefahr einer Verteilung der Rheinlande sei wohl im Allgemeinen nicht groß, bedenklich sei aber das Auftreten gewisser rheinischer Pandurite, welche in ihrem Kampf gegen die Betreibumlage sogar Verbindung mit der internationalen Kommission suchten. Schurken, die in der Wahrung ihrer berufsspezifischen Interessen vor Landesverrat nicht zurücktreten, gebe es in jedem Stande. Das beweise ein Schreiben des Großhändlers von Oldenburg vom 12. April 1915 an den damaligen Innenminister Löbel, in dem er erklärte, dass er trotz der Hungerblöcke wegen der vielen unangenehmen Verordnungen 500 000 Betriebeleader nicht bestehen wolle und dieser sehr Oldenburg lasse heute mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse herum. Als Herr Helfferich bei seinem Kampf gegen das Bonner Diktat gefragt wurde, was denn nach der Ablesung geschehen sollte, sprach er die historischen Worte: „Ja, das wird sich dann eben entwickeln!“ Er hat also gar keinen Plan und will uns in die Zukunft hineintrappt lassen, wie wir in den Kreis hineingetrappt sind. Wir begrüßen das Wiesbadener Abkommen, weil wir darin den ersten Schritt zur Lösung des französisch-deutschen Problems sehen. Der deutschationale Dr. Neisser aber spricht den völkerehrenden Begriffen wieder noch immer von „Feinden“. Demnach müssten also diejenigen Pandurite sein, die vom Feinde Geld nehmen, wie der ehemalige Kaiser, der ehemalige Kronprinz und Ludendorff. Für uns sind nur die Kriegsgeher in allen Ländern die Feinde und wenn es zur großen Auseinandersetzung mit diesen Mächten der Reaktion kommt, werden die Millionen des Volkes uns folgen.

Abg. Goethen (Dem.) bedauert, dass der deutschationale Neisser Dr. Neisser die Menschlichkeit so wenig bewohnt habe. Auch seine Partei halte die Sachleistung abkommen keineswegs für ideal, sehe in ihnen aber doch einen Fortschritt gegenüber dem Zustand nach dem Londoner Ultimatum. Überhaupt lägen wir seit London zweifellos eine gerade Linie des Fortschritts für uns. Auch der Spruch der Auflösungskommission sei ein Vorteil für uns, ein Verdikt gegen die französische militärische Politik. Es bezweifle aber, ob Dr. Neisser mit seiner Rede eine für die Anleihe günstige Atmosphäre geschaffen habe. Neisser polemisiert sodann gegen die Ausführungen Dr. Levis, und tritt der Flusstour entgegen, als ob die Reichen allein die Fortbewegungen der Entente erfüllen könnten. Ein Regierungsschwerpunkt des Kapitals führe zur Stilllegung der Produktion und mache damit die Erfüllungspolitik unmöglich. Ohne Erhöhung der Arbeitszeit im Ruhrrevier würde die Produktion an der Kohlenarmut angrunde gehen. Damit würden auch die Anleiherausstände sehr vermindert. An der letzten großen Teuerungswelle sei die unerträgliche Tarifpolitik Schuld, darum müsse eine gründliche Verwaltungsreform einführen. Der Völkerbund dürfe sich nicht länger zum Mittel für das durchbare Unrecht machen, das unserer deutschen Bevölkerung im Saargebiet angetan werde.

Abg. Emminger (D. Wp.) betont die Einigkeit des ganzen Volkes mit der Regierung in der Beurteilung des Unrechts, das im Rheinland und im Saargebiet dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft angetan wird. Bei dem Sachleistungabkommen sollte die Regierung darauf achten, dass auch die Süddeutsche Wirtschaft dabei zu ihrem Rechte komme. Wie lange gedanke der Reichskanzler noch den Versuch der Erfüllung fortlaufend angesichts der immer fortwährenden Marktentwertung? Wollte er von Dienstleistungen abschren und sich nur auf Sachleistungen beschränken? Habe er überhaupt einen Plan oder wolle die Regierung einfach fortwirken? Damit würde das deutsche Volk ähnlichen Erfüllungsdilettären ausgesetzt, wie wir sie jetzt bei dem ungünstlichen Österreich begonnen haben. Die Parteien der Erfüllungspolitik würden bald annehmen müssen, dass der Beweis für die Unmöglichkeit der Ententeforderungen durch die an dem auftretenden Platz berücksichtigt. Schließlich gibt aber Neisser zum Finanzetat folgende

Erklärung der KPD.

Arbeiten, wovon 2 auf den Staat und der Rest auf die Gemeinden entfallen. In der Aussprache erhebt Abg. Gräfe (Komm.) schärfsten Einspruch gegen die Finanzpolitik der Regierung. Für soziale und kulturelle Zwecke seien keine Mittel übrig, während für die sogenannten Staatsnotwendigkeiten, z. B. beim Polizei- und reichsamtlichen Mittel zur Verfügung ständen. Die Regierung habe die Wünsche der Kommunisten nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt. Schließlich gibt aber Neisser zum Finanzetat folgende

Erklärung der KPD.

Durch die Bereitwilligkeit, dem Finanzetat die Zustimmung zu geben, bringt die kommunistische Partei nochmals zum Ausdruck, dass sie bereit ist, eine sozialistische Regierung zu unterstützen. Die KPD hat in der vergangenen Zeit unermüdlich der Regierung Vorschläge unterbreitet, auf welche Weise die sozialistische Regierung tatsächlich zu einem politischen Faktor für die Arbeiterschaft werden könnte. Sie hat infolge der Ablehnung dieser Vorschläge mehrfach gegen die Politik dieser Regierung demonstriert. Die Mobilisierung der reaktionären Kreise macht aber die Bildung einer einheitlichen Kampffront notwendig. Die Regierung hat durch ihre Ausführungen vom 15. 6. M. das Zusammensetzen dieser Einheitsfront erschwert. Der Wille der arbeitenden Klassen zum Durchsetzen der Konterrevolution ist so stark, dass die Arbeiterparteien diesen Willen durch sofortige Aufnahme des geschlossenen Kampfes gegen das Bürgertum zum Ausdruck bringen müssen. Um den Abwehrkampf gegen die Bourgeoisie auf breiterster Grundlage zu führen, fordert die KPD, dass die beiden sozialistischen Parteien nochmals auf die gemeinsame Auflösung des Landtages vorzutreten und in geschlossener Front für die Arbeiterforderungen den Kampf gegen die Front der Reaktion aufzunehmen.

Abg. Hommel (Dent.) stimmt dem Sachleistungabkommen zu, betont aber, dass damit das Reparationsproblem noch nicht gelöst sei, auch die äußere Anleihe könne nicht die Lösung bringen, sondern nur die Wiederarbeit des deutschen Volkes. In der inneren Politik können wir vor dem bedeutungsvollen und schweren Problem der Frage der Volksernährung; wir müssten dabei eine mittlere Linie zu finden suchen, welche den Interessen der Erzeuger ebenso wie denen der Konsumen gerecht werde. Darum müssen wir in dieser schweren Zeit das Einigende vorantreiben. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitbach (U. S.) fordert die französischen mehr mit Fleische als mit Brot und die Bevölkerung im Rheinland auszubauen, sind die Sympathien für Frankreich dort auf den Nullpunkt gefunken. Wehr mit Gewalt noch durch Volksabstimmung kann heute das Rheinland von Deutschland losgerissen werden. Viel schlimmer sieht es an der Saar. Wir erleben schärfsten Einspruch gegen die dortige Vergewaltigung. Dort feiert der französische Industriekapitalismus seine schlimmste Triumph. Redner verlangt, dass Deutschland Deutschösterreich gegenüber wenigstens wirtschaftlich alles tut, um dieses herkömmliche Volk zu unterstützen, und stimmt den Sachleistungabkommen im Interesse einer Verbündigung zu. Er bedauert aber, dass die in der Interpellation seiner Partei gestellten Fragen nur sehr unvollkommen beantwortet wurden; wir befürchten die internationale Anleihe zunächst nicht, aber die Begründung der Absage sei keineswegs wertvoller als eine Aussage, denn die finanziellen Vertreter der ganzen Welt hätten die Notwendigkeit eines Abbaus der Reparationslasten betont, ebenso aber auch die Notwendigkeit einer Stabilisierung der deutschen Finanzen aus eigener Kraft des deutschen Volkes. Von dem Gescheit der Regierung über ihre Pläne in diesem Sinne hängt die Stellung seiner Partei zur Regierung ab. Redner schlägt seine Ausschüttungen mit heftigen Angriffen auf den Minister Görler, der Regimentschef monarchischen Charakters dusdet und Gegner der Republik wie Löwenfeld zu Schiffskommandanten mache. Er nennt ihn die schlimmste Gefahr für die Republik.

Abg. Bauch (D. Wp.) protestiert gegen die Behandlung des Reichstags beim Abschluss des Wiesbadener Abkommens. Dieses wäre durch die Umwandlung der Goldleistungen in Sachleistungen ein Vorteil, wenn diese Sachleistungen unserer Wirtschaftskraft angepasst würden. Das sei aber nicht der Fall. Es würde ja doch über uns als die Schwachen rückhaltlos hinnageln, das zeige das Rheinland und das Saargebiet. Mit der Erfassung der Sachwerte würden nur die Klassen gegeneinander gehetzen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehören aber zusammen. Des einen Verdienst sei auch der des andern. Im Rahmen des Unmöglichen führten die Abmachungen nicht vorwärts, sondern verzögerten die Katastrophe nur um ein geringes. Deshalb lehne seine Partei die Verträge ab.

Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf morgen mittags 2 Uhr vertagt. Außerdem Anträge und kleinere Vorlagen.

Aus den Ausschüssen des Reichstages.

Der Reichstagsausschuss für Sozialpolitik erledigte gestern den Gleichentwurf über die Arbeitszeit in den Steinbrüchenbergwerken. Der Entwurf macht eine tarifliche Regelung der Arbeitszeit zur geleglichen Grundlage in der Welt, das auch durch allgemein verbindliche Tarifverträge die jetzt geltende regelmäßige tägliche Arbeitszeit nicht erhöht werden darf.

Am Reichstagsausschuss für Steuerarten wurde der deutschationale Gegenentwurf des Gesetzes über die Zwangsanleihe abgelehnt. Der § 1 des Gesetzes betr. die Zwangsanleihe wurde durch die Umwandlung der Goldleistungen in Sachleistungen ein Vorteil, wenn diese Sachleistungen unserer Wirtschaftskraft angepasst würden. Das sei aber nicht der Fall. Es würde ja doch über uns als die Schwachen rückhaltlos hinnageln, das zeige das Rheinland und das Saargebiet. Mit der Erfassung der Sachwerte würden nur die Klassen gegeneinander gehetzen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehören aber zusammen. Des einen Verdienst sei auch der des andern. Im Rahmen des Unmöglichen führten die Abmachungen nicht vorwärts, sondern verzögerten die Katastrophe nur um ein geringes. Deshalb lehne seine Partei die Verträge ab.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages leitete die Beratung des Gesetzentwurfs über die Betriebsvereinbarungen in einer allgemeinen Aussprache fort und beschloss, die gesamte Frage einem Unterausschuss zu überwelsen. Im Beamenausschuss des Reichstages teilte der Regierungsrat v. Hagenow mit, dass das Kabinett beschlossen habe, die Not der Beamten Rechnung tragend, die Bezüge für Juli am 24. 6. M. anzuhören zu lassen. Der preußische Finanzminister traf die Anordnung. Es sei anzunehmen, dass die übrigen Länder folgen würden.

Finanzminister Helden: Der Vorredner habe gegen das Finanzamt abgelehnt. Der § 1 des Gesetzes betr. die Zwangsanleihe wurde mit einem Zusatz, der die Anleihe auf 60 Milliarden Papiermark festlegt, angenommen. Die §§ 2 und 3 wurden nach dem Vorlaut der Regierungsvorlage ebenfalls angenommen. Hierin beträgt der Beleihungsanteil der Zwangsanleihe 100 vom Hundert des Nominalbetrags. Über die Zwangsanleihe werden Schuldberechtigungen auf den Anhaber ausgegeben. Eintragungen in das Reichsbuch sind ausgeschlossen. Im § 4 wurde ein Antrag Becker-Hessen angenommen, der feststellt, dass die Zwangsanleihe bis zum 31. Oktober 1925 unverzinslich ist, von da bis zum 31. Oktober 1930 mit 5 Prozent jährlich verzinst wird. Die Regierungsvorlage hatte ursprünglich nur 2½ und 4 Prozent zugesagt. Die Zinsen werden halbjährlich am 1. Mai und 1. November, erstmals am 1. Mai 1926 fällig sein. Nach Erledigung dieses Paragraphen vertrat sich der Ausschuss.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages leitete die Beratung des Gesetzentwurfs über die Betriebsvereinbarungen in einer allgemeinen Aussprache fort und beschloss, die gesamte Frage einem Unterausschuss zu überwelsen.

Im Beamenausschuss des Reichstages teilte der Regierungsrat v. Hagenow mit, dass das Kabinett beschlossen habe, die Not der Beamten Rechnung tragend, die Bezüge für Juli am 24. 6. M. anzuhören zu lassen. Der preußische Finanzminister traf die Anordnung. Es sei anzunehmen, dass die übrigen Länder folgen würden.

Die Finanzminister Helden: Der Vorredner habe gegen das Finanzamt abgelehnt. Der § 1 des Gesetzes betr. die Zwangsanleihe erhebt vorwürfe erhoben, aber keinen Beweis erbracht, auf den er sich stützen könne. Die Politik des Finanzministeriums habe den politischen Verhältnissen entsprochen. Die Verhältnisse seien aber jetzt zweifellos härter als die Menschen. Es handelt eben nicht hinreichend Mittel für alle Menschen zur Verfügung. (Zwischenrufe der Kommunisten.) Auch in der Wohnungssfrage habe das Finanzministerium geleistet, was die Reichsverordnung forderte.

Nach weiterer Aussprache wird die Abstimmung über das Mindestgehalt ausgetragen, im übrigen aber die Kapitel nach den Ausschussbeschlüssen genehmigt. Schließlich wird der Entwurf einer Verordnung über eine weitere Erhöhung der Gebühren für Arzte, Chemiker usw. nach der Vorlage angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch, den 28. Juni.

Die Hanger Konferenz.

Amtlich wird aus dem Haag gemeldet: Die 1. Untersuchungskommission der russischen Kommission, die sich mit dem Privatgegenstand beschäftigt, hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Die Befreiungen bezogen sich auf allgemeine Fragen und die Arbeitsmethoden.

Über den Tag der Ankunft der russischen Delegation ist noch nichts bekannt geworden. In Konferenzkreisen wird angenommen, dass Litwinoff als Vorsitzender der russischen Delegation fungieren wird.

Aus Oberschlesien.

Donnerstag vormittag 10 Uhr fand in der Baumgewerbeschule in Rottweil, dem jetzigen Rathausgebäude der Wohlwirtschaft, die feierliche Einführung Galonders, des Präsidenten der gemischteten Kommission, statt. Nach einer

